

Stephan Schulmeister

Der Finanzkapitalismus, die Wachstumskrise und das europäische Modell*

Vortrag im Rahmen des Workshops der Hans-Böckler-Stiftung „Finanzpolitik in der Kontroverse“ am 24. und 25. Oktober 2003 in Berlin

Die Entwicklung eines erfolgreichen Therapiekonzepts setzt eine konkrete und umfassende Diagnose des jeweiligen Problems voraus. Eine solche Diagnose hängt wiederum von dem „Wahrnehmungsraster“ ab, mit dem das Problem untersucht wird. In der jetzigen Phase der Hegemonie der neoliberalen „Weltanschauung“ können zwei Typen von Ursachen der Wachstumskrise im ökonomischen Diskurs nicht wahrgenommen werden: erstens, die „manisch-depressiven“ Schwankungen der wichtigsten, auf Finanzmärkten gebildeten Preise sowie ihre Auswirkungen auf Investitionen, Export und Konsum, und zweitens, die neoliberalen Therapien selbst und ihre Effekte auf Einkommensverteilung und Gesamtnachfrage. Dies soll im ersten Abschnitt am Beispiel der Stagnationsphase in der EU skizziert werden.

In den drei folgenden Abschnitten wird eine alternative Erklärung der Wachstumsschwäche seit Anfang der siebziger Jahre vorgestellt. Im Zentrum steht die Unterscheidung zwischen drei ökonomischen und politischen „Hauptinteressen“, Realkapital, Finanzkapital und Arbeit. Den beiden (impliziten) „Interessebündnissen“ zwischen Realkapital und Arbeit (wie in der ersten Hälfte der Nachkriegszeit) bzw. zwischen Realkapital und Finanzkapital (wie in den letzten 30 Jahren) entsprechen unterschiedliche makroökonomische „Regimes“ – Realkapitalismus und Finanzkapitalismus. Sie bestehen aus einer Vielzahl einander ergänzender Rahmenbedingungen, von der Rolle der Wirtschaftspolitik, der (De)Regulierung der Finanzmärkte bis zum wirtschaftswissenschaftlichen Paradigma. Der langfristige Entwicklungszyklus wird durch die Interaktion der „Interessentriade“ in einer Abfolge von real- und finanzkapitalistischen Phasen vorangetrieben.

In Abschnitt 5 werden „stylized facts“ der real- und finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen präsentiert, und zwar am Beispiel der „manisch-depressiven“ Schwankungen der Aktien- und Wechselkurse (und ihren Auswirkungen auf das

* Ich widme diesen Essay Egon Matzner, der im September 2003 verstorben ist. Das Spektrum seiner Interessen und Überlegungen war breit, gleichzeitig zog er ein konkretes, teilnehmendes und eingreifendes Denken der Abstraktionskunst der Gleichgewichtsökonomien vor, die jene Interessen verschleiert, denen ihre Theorien nützen. Ich danke Angela Köppl und Margit Schratzenstaller für Anregungen und Kritik sowie Eva Sokoll für ihre Assistenz.

Akkumulationsverhalten und die Exportdynamik) sowie am Beispiel der Relation zwischen Zinssatz und Wachstumsrate.

In den nächsten beiden Abschnitten sollen die „pfadabhängigen“ Unterschiede zwischen dem europäischen und dem US-amerikanischen Modell skizziert und ihre Performance in real- und finanzkapitalistischen Entwicklungsphasen beleuchtet werden.

Der Essay schließt mit einem Ausblick: Der hartnäckigste Gegner des Finanzkapitalismus samt seiner wirtschaftswissenschaftlichen Ideologie des Neoliberalismus ist er selbst. Mit Finanzkrisen, Abwertungswettkämpfen und neoliberaler Sparpolitik bereitet er den Boden für seine Überwindung. Diesem Prozess muss nachgeholfen werden. Deshalb stelle ich zum Schluss ein „Arsenal“ konkreter Argumente gegen den Neoliberalismus zusammen. Denn dieser ist „jene Krankheit, für deren Heilung er sich hält“ (frei nach Karl Kraus).

1. Hauptprobleme der Gegenwart und ihre Wahrnehmung

Folgende Entwicklungen haben die Wirtschaft in den EU-Ländern in die längste Stagnationsphase der Nachkriegszeit „gezogen“:

- Zwischen 1999 und 2001 hat sich der Erdölpreis verdreifacht, vorangetrieben durch Spekulation auf den Terminbörsen.
- Nach einem beispiellosen, fast 20 Jahre dauernden Boom begannen die Aktienkurse vor drei Jahren dramatisch zu sinken, seither haben etwa die deutschen Aktiengesellschaften um ungefähr 60% an (Börsen)Wert verloren.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte die Zinssätze trotz der Konjunkturabschwächung nur zögerlich, dies trug gemeinsam mit der Verschlechterung der Finanzlage der Unternehmen durch sinkende Aktienkurse zur anhaltenden Investitionsschwäche bei.
- Der Wechselkurs des Euro stieg gegenüber dem Dollar seit dem Frühjahr 2002 innerhalb eines Jahrs um etwa 25% an, dies verteuerte und dämpfte die Exporte der Eurozone und damit indirekt auch die Investitionen.
- Die Budgetdefizite nahmen als Folge der Wirtschaftsflaute zu, dies veranlasste viele Regierungen wie etwa in Deutschland und Österreich, die Sozialausgaben zu kürzen.
- Die Senkungen der sozialstaatlichen Pensionen, der Arbeitslosenunterstützung und der Leistungen der Krankenkassen verunsicherten die Haushalte und dämpften die Konsumnachfrage.

Die durch den Verfall der Aktienkurse, den Anstieg des Eurokurses und durch die Schwächung des Sozialstaats „synchronisierte“ Dämpfung der Nachfrage der Unternehmen, des Staats und der privaten Haushalte verursachte in Westeuropa die längste

Stagnationsphase der Nachkriegszeit. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU hat diese Krise nicht bekämpft, sondern selbst vertieft und verlängert.

In den USA reagierte die Wirtschaftspolitik auf die im Jahr 2000 einsetzende Talfahrt der Konjunktur ganz anders als in Europa, nämlich rasch und energisch. Die Notenbank senkte die Leitzinsen stärker als je zuvor in der Nachkriegszeit, und auch die Fiskalpolitik schaltete auf einen radikal expansiven Kurs (der Budgetsaldo verschlechterte sich seit dem Jahr 2000 um 7 Prozentpunkte auf vermutlich 4,5% des BIP im Jahr 2003). Die Niedrigzinspolitik trug gemeinsam mit einem wiederholten „talking the dollar down“ durch Vertreter der US-Regierung wesentlich zur starken Abwertung des Dollar bei, was wiederum die US-Exporte stimulierte. Angesichts einer hohen und steigenden Zahl von Arbeitslosen beschloss der Kongress im Dezember 2002, den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung um 50% auszuweiten, indem die Anspruchsberechtigung von 6 auf 9 Monate verlängert wurde.

Ein Vergleich der Resultate der neoliberalen Wirtschaftspolitik in Europa und des pragmatisch-keynesianischen Kurses in den USA ergibt ein eindeutiges Bild: in den USA fiel der Abschwung seit dem Jahr 2000 merklich schwächer aus als in der EU, obwohl die USA bereits eine achtjährige Phase hohen Wirtschaftswachstums hinter sich hatten. Dies hätte erwarten lassen, dass sich in Europa Zweifel an der Richtigkeit der neoliberalen Rezepte erheben.

Tatsächlich nimmt die Politik in den meisten EU-Ländern die Verschlechterung der Wirtschaftslage zum Anlass, den neoliberalen Kurs sogar zu verschärfen. So wurden etwa im Frühjahr 2003 sowohl in Deutschland als auch in Österreich massive Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung, der Pensionen und der Leistungen der sozialen Krankenkassen angekündigt bzw. beschlossen.

Der wichtigste Grund für die unterschiedliche Wahrnehmung und Bekämpfung der gegenwärtigen Hauptprobleme in den USA und in Europa besteht in der anhaltenden Dominanz der neoliberalen „Weltanschauung“ in Europa - in den USA haben sich hingegen die Praxis der Politik, aber auch der wirtschaftswissenschaftliche Diskurs schon seit Ende der achtziger Jahre von der neoliberal-monetaristischen Doktrin abgewandt, insbesondere von jeglicher Regelbindung der Geld- und Fiskalpolitik, diese wird vielmehr extrem antizyklisch und damit („bastard“-)keynesianisch gestaltet.¹⁾

Die EU übernahm das Konzept einer Regelbindung der Politik gerade zu dem Zeitpunkt, zu dem diese in den USA verworfen wurde: Ende der achtziger Jahre wurden im Zuge der

¹⁾ Zur Praxis der Geldpolitik in den USA siehe Mankiw (2001). Den Unterschied zwischen neoliberaler Rhetorik und keynesianischer Praxis in der Wirtschaftspolitik der USA seit Ende der achtziger Jahre behandeln Galbraith (2003) und Schulmeister (2001). Es wird gezeigt, dass die Unterschiede in der Geld- und Fiskalpolitik zwischen den USA und der EU die Wachstumsdifferenz viel plausibler erklären können als die unterschiedliche Organisation der Arbeitsmärkte oder generell der „ausufernde“ Sozialstaat in Europa und seine „beschäftigungsvernichtenden“ (Lohnneben)Kosten. Ein dritter Erklärungsansatz der Wachstumsdifferenz zwischen den USA und Europa sowie zwischen den einzelnen EU-Ländern stellt die unterschiedliche Bedeutung von „growth drivers“ wie insbesondere der technologischen Innovationsdynamik und ihrer Förderung (Forschungs- und Entwicklungsaufwand) ins Zentrum (Aiginger, 2003).

Vorbereitung der Währungsunion die Maastricht-Kriterien als Bindung der Fiskalpolitik konzipiert, wenig später das Statut des Europäischen Währungsinstituts bzw. der EZB als Bindung der Geldpolitik.²⁾ Obwohl die „Fesselung“ der Politik bei gleichzeitiger „Ent-Fesselung“ der Finanzmärkte das Wachstum nachhaltig gedämpft hat, wird die Fiskal- und Geldpolitik in der EU noch für Jahre in der neoliberalen „Falle“ der Regelbindung gefangen bleiben.

Was bedeutet es nun, wenn Politiker, Ökonomen oder Journalisten die Hauptprobleme der Gegenwart mit einer neoliberalen „Brille“ betrachten? Eine neoliberale „Weltanschauung“ impliziert zwei einander bedingende Glaubensvorstellungen:

- Erstens, der Steuerungsmechanismus der (Preis)Konkurrenz auf vollkommenen Märkten (die „invisible hand“) stellt sicher, dass die Verfolgung des individuellen Eigennutzes der Akteure gleichzeitig das gesamtwirtschaftliche Optimum ermöglicht, also die beste Lösung des Problems was, wie und für wen produziert werden soll.
- Zweitens, Markteingriffe bzw. -beschränkungen des Staates, sei es durch Regulierungen oder durch eine aktive Geld- und Fiskalpolitik, stören die Harmonie der Marktprozesse in ihrem automatischen Streben nach einem „allgemeinen Gleichgewicht“.

Betrachtet ein Ökonom, Politiker oder Journalist die eingangs skizzierten Hauptprobleme in Europa mit neoliberaler „Brille“, so werden vorweg all jene Entwicklungen als Krisenursachen ausgeblendet, welche auf deregulierten (Finanz)Märkten stattfinden, da diese nach neoliberaler Glaube nicht systematisch falsche Preise bilden können. Kurz gesagt: gerade jene Entwicklungen auf Aktien-, Devisen- oder Rohstoffmärkten, welche tatsächlich entscheidend zur Krise beigetragen haben, können als Krisenursache nicht wahrgenommen werden („weil nicht sein kann, was nicht sein darf“).

Umgekehrt wird ein neoliberaler Diagnostiker sein Augenmerk a priori auf den Staat, insbesondere auf die Budgetpolitik, sowie auf regulierte Märkte wie den in Sozialstaaten regulierten Arbeitsmarkt, als Krisenursachen lenken. Krisen entstehen demnach nicht auf Grund von „Marktversagen“, sondern sind immer das Ergebnis von „Staatsversagen“.

Reagiert die Wirtschaftspolitik auf einen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit mit einer Lockerung des Kündigungsschutzes, mit Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung, der Pensionen, und der Leistungen der Krankenkassen, also mit einer Senkung der Sozialausgaben „auf breiter Front“, so verschlimmert die Therapie die „Krankheit“: Die Verunsicherung der Haushalte und die Verschlechterung ihrer Einkommenslage werden den privaten Konsum und indirekt auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmer weiter dämpfen und die Arbeitslosigkeit weiter steigen lassen.³⁾

²⁾ Einen Überblick über die „wirtschaftspolitische Architektur“ in der Wirtschafts- und Währungsunion, und damit auch über die Art der Regelbindung der Geld- und Fiskalpolitik in den 12 Ländern der Eurozone bietet Breuss (2002).

³⁾ Siehe dazu auch den (sarkastischen) Essay von Flassbeck (2003) über die Folgen neoliberaler Politik am Beispiel der Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung in Deutschland.

Eine wesentliche Auswirkung bzw. Funktion der neoliberal-symptomorientierten Diagnosen besteht darin, dass sie die Wurzeln ökonomischer Probleme verdecken, insbesondere die Instabilität der Finanzmärkte und die „manisch-depressiven“ Schwankungen der dort gebildeten Preise - diese sind zugleich die wichtigsten für die Weltwirtschaft wie Zinssätze, Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse).⁴⁾

Übersicht 1: Diagnose und Therapie im neoliberalen Weltbild

Übersicht 1 „stilisiert“ die wichtigsten Transmissionskanäle in den „Rückkoppelungen“ zwischen Finanzinstabilität, neoliberaler Sparpolitik, zunehmender Ungleichheit in der Einkommensverteilung, Dämpfung des Wirtschaftswachstums, Anstieg von Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit bzw. Staatsverschuldung, Fokussierung der neoliberalen Diagnose und Therapie auf diese beiden Symptome“, Verschärfung der neoliberalen Politik durch Kürzung von Arbeitslosengeld, der Renten, der Leistungen der Krankenkassen, Anhebung des Rentenalters, Förderung der finanzveranlagten Altersvorsorge, was wiederum die Ungleichheit in der Einkommensverteilung und die Finanzinstabilität erhöht, das Wachstum dämpft und Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung weiter steigen lässt.

Die Instabilität der Devisen- und Rohstoffmärkte sowie die Hochzinspolitik der Notenbanken haben bereits in den letzten 30 Jahren wesentlich zur Wachstumsabschwächung und (damit) zum Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung beigetragen, doch schon damals wurden diese Entwicklungen - durch die zunehmend in Mode kommende neoliberale „Brille“ betrachtet – dem Sozialstaat und seinen Eingriffen in die Marktprozesse zugeschrieben: Die Ursachen der Krise wurden also dort geortet, wo ihre Symptome in Erscheinung traten, die Arbeitslosigkeit am Arbeitsmarkt, die Budgetdefizite gewissermaßen im Finanzministerium.

Die Relevanz dieses negativen „feed-back“ zwischen der Instabilität der Finanzmärkte, der Dominanz der neoliberalen „Weltanschauung“, ihren symptomorientierten Diagnosen und Therapien sowie deren dämpfenden Effekten auf Produktion und Beschäftigung wird durch die Entwicklung in der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit (zwischen 1950 und 1973) „ex contrario“ bestätigt: In dieser Phase war die neoliberale Sichtweise außer Mode, gleichzeitig waren die Finanzmärkte reguliert.

Die bisherigen Überlegungen lassen vermuten, dass unter der „Oberfläche“, auf der ökonomische Probleme in Erscheinung treten, komplexe Zusammenhänge wirken zwischen Wahrnehmung, (Erkenntnis)Interesse, wirtschaftspolitischen Symptomkuren und einer dadurch (mit)verursachten Verschärfung der Probleme, die wiederum zum Ausgangspunkt für einen neuen Zyklus von Diagnose und Therapie werden.

⁴⁾ Die „financial instability hypothesis“ in der Tradition von Keynes (1936), Minsky (1982) und Kindleberger (1996) geht hingegen davon aus, dass Finanzmärkte inhärent instabil sind, dass "overshooting" kein durch "Schocks" verursachtes Einzelphänomen darstellt, sondern ein essentielles Element der Preisdynamik auf Finanzmärkten, das wesentlich zum Entstehen und zur Verschärfung umfassender Wirtschaftskrisen beiträgt.

Um sich über diese Zusammenhänge ein konkretes Bild machen zu können, ist es nötig, die wichtigsten ökonomischen und politischen Interessen der drei Beteiligungsformen am Produktions- und Verteilungsprozess herauszuarbeiten und die diesen Interessen entsprechende Wirtschaftstheorie und -politik zu identifizieren. Dabei lassen sich zwei „Regimes“ makroökonomischer Rahmenbedingungen unterscheiden, Realkapitalismus und Finanzkapitalismus. Diese in der Zeit wechselnden Regimes sind kombiniert mit zwei im Raum unterschiedlichen Gesellschaftsmodellen, dem US-amerikanischen Modell („Laissez-faire“) und dem europäischen Modell („Soziale Marktwirtschaft“).

2. Die Interessen von Arbeit, Realkapital und Finanzkapital

Alle gesellschaftlichen Weltanschauungen, welche Interessengegensätze und ihre Interaktion berücksichtigen (vom Marxismus bis zur Katholischen Soziallehre), unterscheiden zwei Arten der Beteiligung am Produktionsprozess, Kapital und Arbeit, und damit zwei Klassen und Interessen. Dieser Sichtweise soll eine Alternative gegenübergestellt werden, welche davon ausgeht, dass die ökonomischen Interessen der „Kapitalisten“ fundamental unterschiedlich sind, je nachdem, ob sie ihr Vermögen in Real- oder Finanzkapital anlegen:

- Realkapital ist das in Produktionsmitteln angelegte Vermögen, das teilweise durch Fremdkapital finanziert wird. Die Rendite auf das Realkapital ist umso höher, je niedriger der reale Zinssatz und der reale Wechselkurs sind. Da (traditionelle) Unternehmer („Realkapitalisten“) ihren Gewinn auf Gütermärkten machen, profitieren sie generell von stabilen monetären Rahmenbedingungen (stabile Wechselkurse, Zinssätze und Rohstoffpreise).
- Finanzkapital ist das auf Finanzmärkten angelegte Vermögen, sei es zum Zweck der Finanzierung von Unternehmen, Haushalten oder des Staates, sei es zum Zweck der Spekulation auf den Aktien-, Devisen-, Anleihen- und Rohstoffmärkten.

Die gesellschaftliche Dynamik wird durch die Interaktion von folgenden drei Interessen geprägt (siehe dazu auch Übersicht 1):

- Das Erwerbs- und Vermehrungsinteresse des Realkapitals entfaltet sich auf den Gütermärkten und wird deshalb durch ein hohes Wirtschaftswachstum gefördert, indirekt insbesondere durch einen niedrigen Zinssatz und Wechselkurs.
- Das Erwerbs- und Vermehrungsinteresse des Finanzkapitals entfaltet sich auf den Finanzmärkten, und zwar entweder durch Halten von Finanzvermögen (dies verlangt einen hohen Zinssatz und Wechselkurs) oder durch Handeln mit Finanztiteln (dies verlangt eine hohe Instabilität ihrer Preise); beide „Entfaltungsbedingungen“ dämpfen das Wirtschaftswachstum.

- Das Erwerbs- und Beschäftigungsinteresse der Arbeit erfordert ein (hinreichend) hohes Wirtschaftswachstum, einen der Arbeitsproduktivität entsprechenden Anstieg der Reallöhne und damit eine dynamische Entwicklung der Gütermärkte.

Diesen drei Interessen entsprechen keine homogene soziale Gruppen („Klassen“):

- Arbeitnehmer sparen und akkumulieren dadurch Finanzvermögen; sie haben daher gleichzeitig Arbeitnehmerinteressen und Rentierinteressen.
- Unternehmer des "non-financial business" sind zwar in ihrer Gesamtheit (als Sektor) Nettoschuldner, in dem Ausmaß jedoch, in dem sie Finanzaktiva halten und ein entsprechendes Portfoliomanagement betreiben, haben sie auch Rentierinteressen.

Allerdings lassen sich soziale Gruppen nach der Dominanz ihrer ökonomischen Interessen unterscheiden: Die meisten Arbeitnehmer sind "hauptberuflich" Arbeitnehmer und die meisten Unternehmer im "non-financial business" sind "hauptberuflich" Unternehmer (ihre Finanzkapitalerträge sind im Vergleich zu ihren Lohn- bzw.- Gewinneinkommen gering). Dies wird in Übersicht 1 durch „XXX“ angedeutet. Allerdings können Konzerne ihre Aktivitäten in erheblichem Ausmaß von der Realwirtschaft auf die Finanzwirtschaft verlagern, was in den letzten 25 Jahren auch geschehen ist (die unterschiedlichen Finanzkapitalinteressen von Klein- und Großunternehmen werden in Übersicht 1 durch „X/X“ symbolisiert). Wegen der enormen Konzentration der Verteilung des Finanzvermögens ist die Zahl der „hauptberuflichen“ Rentiers viel kleiner als jene der „hauptberuflichen“ Unternehmer bzw. Arbeitnehmer.

Übersicht 2: Arbeit, Realkapital und Finanzkapital

Die gesellschaftliche Entwicklung wird wesentlich durch (stillschweigende) „Interessengemeinschaften“ der Unternehmerschaft entweder mit den („hauptberuflichen“) Rentiers (wie in den dreißiger Jahren) oder den Arbeitnehmern (wie in den fünfziger und sechziger Jahren) geprägt. Um das Entstehen und Vergehen solcher „Bündnisse“ zu begreifen, muss zwischen ökonomischen und politischen Gegensätzen in der „Interessentriade“ unterschieden werden:

- Ökonomisch ist der Interessensgegensatz zwischen Realkapital und Finanzkapital schärfer als zwischen Realkapital und Arbeit (dies wird durch die durchgehenden bzw. unterbrochenen „Doppelpfeile“ in Übersicht 2 symbolisiert). Dies wird nicht nur am Verteilungskonflikt deutlich (Lohnzahlungen fließen als Konsumausgaben wieder an die Unternehmen zurück, Zinszahlungen werden hingegen in viel höherem Ausmaß gespart), sondern auch daran, wie sehr hohe und instabile Zinssätze und Wechselkurse die Aktivitäten auf Gütermärkten behindern. Da sowohl Arbeitnehmer als auch Unternehmer von einem starken Wachstum der Realwirtschaft profitieren (durch Steigerung ihrer Einkommen), haben sie indirekt auch ein Interesse an der Entfaltung der wirtschaftlichen Interessen der „Gegenseite“ (dies wird in Übersicht 2 durch „(XX)“ symbolisiert).

- Politisch stehen jedoch die Unternehmer den („hauptberuflichen“) Rentiers und ihren Managern bei Banken, Versicherungen und Investmentfonds näher als den Arbeitnehmern; hierfür dürfte einerseits ein Gefühl der sozialen Zusammengehörigkeit bestimmend sein und andererseits das Denken in der traditionellen Dichotomie Arbeit versus Kapital (egal ob Real- oder Finanzkapital).

Das Verhältnis der „Real- und Finanzkapitalisten“ zum Staat ist gespalten: Als Vermögensbesitzer sind sie politisch an einem wirtschaftlich passiven Staat interessiert; je wichtiger nämlich das Steuerungssystem „Markt“ ist, desto größer ist der Einfluss der Besitzer der „Geldstimmen“. Ökonomisch sind die Unternehmer, nicht aber die Rentiers, an einem aktiven Staat im Bereich der Verbesserung der Produktionsbedingungen, insbesondere durch Investitionen in die Infrastruktur sowie in das Bildungswesen, interessiert. Die Rentiers sind an einer möglichst starken Stellung der Notenbank interessiert (sie ist die wichtigste politische „Schutzmacht“ des Finanzkapitals), in Zeiten von Finanzkrisen auch an „Rettungsaktionen“ für ihr Kapital durch die Regierungen („bail-outs“).

3. Realkapitalismus und Finanzkapitalismus

Realkapitalismus und Finanzkapitalismus stellen zwei Ausprägungen oder Regimes einer kapitalistischen Marktwirtschaft dar, die durch eine Vielzahl einander ergänzender Rahmenbedingungen charakterisiert sind. Die Aufschwungsphase im langfristigen Entwicklungszyklus wird von realkapitalistischen Rahmenbedingungen geprägt, die Abschwungsphase vom Finanzkapitalismus.⁵⁾

Die wichtigsten Komponenten bzw. Merkmale des Realkapitalismus sind (siehe dazu auch Übersicht 3):

- Dominanz eines „Interessenbündnisses“ zwischen Arbeit und Realkapital, die Interessen des Finanzkapitals sind (durch regulierte Finanzmärkte und eine Niedrigzinspolitik der Notenbanken) „ruhig gestellt“.
- Das Verhältnis zwischen Unternehmerschaft und Gewerkschaften ist durch eine enge Zusammenarbeit (Korporatismus) charakterisiert.
- Staat und Markt, Konkurrenz und Kooperation werden als einander ergänzende „Steuerungssysteme“ begriffen.

⁵⁾ Eine erste Skizze des langfristigen polit-ökonomischen Entwicklungszyklus als Abfolge von real- und finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen findet sich in Schulmeister (1998). In diesem Essay wird versucht, die „stylized facts“ der „langen Wellen“ bzw. „Kondratieff-Zyklen“ (Kondratieff, 1926; Schumpeter, 1939; Mensch, 1975; Van Duijn, 1983) um die Dynamik sozialer (Dis)Innovationen zu ergänzen (dies betrifft insbesondere die Bildung ökonomischer Theorien) und mit der zyklischen Umverteilung gesellschaftlicher Macht im Sinne von Kalecki (1990) zu verknüpfen.

- Die Wirtschafts- und Sozialpolitik hat mehrere Ziele „im Visier“, insbesondere Vollbeschäftigung, ein hohes Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit, Förderung der Chancengleichheit.
- Die wissenschaftliche Basis der Wirtschaftspolitik bilden Theorien, welche davon ausgehen, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft immer wieder (schwere) Krisen produziert, die zumeist von den Finanzmärkten ausgehen (wie die keynesianische Theorie in der Nachkriegszeit).
- Der Hauptansatz zur Diagnose und Therapie ökonomischer Probleme ist systemisch, d. h., man versucht, das Entstehen von Problemen aus der Interaktion verschiedener Variabler zu begreifen, insbesondere auch solcher, die nicht unmittelbar mit der „Erscheinung“ des Problems verknüpft sind.
- Die Finanzierungsbedingungen fördern die Realwirtschaft: Der Zinssatz wird von den Notenbanken stabil und auf einem niedrigen – zumeist unter der Wachstumsrate liegenden – Niveau gehalten, die Wechselkurse sind fest, die Rohstoffpreise stabil.
- Die Rahmenbedingungen werden durch die Politik also so gesetzt, dass sich Vermögen am besten durch realwirtschaftliche Aktivitäten vermehren lassen (Finanzveranlagung und –spekulation „lohnen“ sich nicht).
- Der Realkapitalismus kann deshalb auch als ein „Spiel“ angesehen werden, bei dem der „Gesamtkuchen“ notwendigerweise wächst (ein solches Positiv-Summenspiel mildert Verteilungskonflikte erheblich).

Der Versuch einer Kombination von Markt und Staat, von Konkurrenz und Kooperation, von individueller Entfaltung und sozialer Verantwortung, und damit auch der Versuch einer Integration gesellschaftlicher Gegensätze prägte die Prosperitätsphase der Nachkriegszeit (die Blütezeit der „Sozialen Marktwirtschaft“). Diese Transformation des „hässlichen Kapitalismus“ der dreißiger Jahre war nicht nur das Resultat der „Aufarbeitung“ der Weltwirtschaftskrise, sondern wurde auch durch den „Kalten Krieg“ und damit durch die Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und real existierendem Sozialismus gefördert.

Übersicht 3: Realkapitalismus und Finanzkapitalismus

Im Hinblick auf die unterschiedlichen „Spannungsfelder“ zwischen ökonomischen und politischen Interessen lässt sich feststellen: Der Realkapitalismus stellt ein Regime dar, in dem das gemeinsame ökonomische Interesse von Realkapital und Arbeit (an hohem Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung) den Gegensatz ihrer politischen Interessen überwiegt (letzterer wurde durch korporatistische Formen der Entscheidungsfindung wie die Sozialpartnerschaft integriert). Anders gesagt: Das gemeinsame politische Interesse von Real- und Finanzkapital (der „Vermögenden“, egal in welcher Form sie ihr Kapital anlegen) an einem schwachen Sozialstaat und an schwachen Gewerkschaften hatte weniger Gewicht als der Gegensatz ihrer ökonomischen Interessen.

Die meisten Merkmale des Finanzkapitalismus sind jenen des Realkapitalismus direkt entgegengesetzt und bedürfen daher keiner Kommentierung (siehe auch Übersicht 3). Einzelne Elemente des Finanzkapitalismus sollen ergänzend erläutert werden:

- Das „Interessenbündnis“ zwischen Real- und Finanzkapital (= die Unterordnung ihrer ökonomischen Interessengegensätze unter ihr gemeinsames politisches Interesse) manifestiert sich nicht nur in der Deregulierung der Finanzmärkte, welche die wichtigsten Preise in der Weltwirtschaft destabilisiert, sondern auch in den wirtschaftspolitischen Hauptzielen der Geldwertstabilität, „solider“ Staatsfinanzen und einer sinkenden Staatsquote (alles genuine Finanzkapitalinteressen).
- Das politische Hauptziel von Real- und Finanzkapital, den Sozialstaat und die Gewerkschaften zu schwächen, kommt auch darin zum Ausdruck, dass in der im Finanzkapitalismus dominanten Ideologie des Neoliberalismus sowohl der Sozialstaat als auch die Gewerkschaften als die größten Hindernisse für eine optimale Wirtschaftsentwicklung begriffen werden.⁶⁾
- Diese auch von der Unternehmerschaft übernommene „Weltanschauung“ des Neoliberalismus und die darauf basierende Politik von Sozialabbau und Deregulierung verursacht eine zunehmende Entfremdung zwischen den ehemaligen Sozialpartnern.
- Die Verlagerung der wirtschaftspolitischen Macht von den Regierungen im Realkapitalismus zu den Notenbanken im Finanzkapitalismus kommt in Europa insbesondere in der historisch einmaligen Machtausstattung der Europäischen Zentralbank zum Ausdruck.
- Die von den Notenbanken praktizierte monetaristische Geldpolitik führt dazu, dass das Zinsniveau permanent die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate übersteigt, was wiederum die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen und den Staat nachhaltig verschlechtert.
- Die meisten Aktivitäten auf Finanzmärkten stellen – für sich allein genommen – Null-Summenspiele dar (was der eine gewinnt, verliert der andere). Die wichtigste Ausnahme ist der Aktienmarkt, wo bei Kurssteigerungen alle Aktionäre (Bewertungs)Gewinne erzielen und niemand verliert. Allerdings hat dieses (Pyramiden)Spiel endlichen Charakter: Je länger ein Aktienboom dauert und je stärker die Aktien überbewertet werden, desto stärker werden die „Gegenkräfte“, die einen Einbruch der Kurse

⁶⁾ Die beiden wichtigsten nationalökonomischen Schulen, deren Theorien die politischen Ziele des Neoliberalismus wissenschaftlich legitimieren, sind der Monetarismus und der „Hayek-Zweig“ der Österreichischen Schule (mit ihren jeweiligen „Galionsfiguren“ Milton Friedman und Friedrich A. von Hayek). Beide Schulen erheben die gleichen politischen Forderungen, die sich insbesondere gegen den Sozialstaat und die Gewerkschaften richten. Diese Forderungen werden allerdings aus gänzlich unterschiedlichen Annahmen über Erwartungsbildung und Marktprozesse abgeleitet (siehe dazu etwa Friedman, 1968 und 1984, bzw. Hayek, 1945 und 1948).

herbeiführen (solche „manisch-depressiven“ Preisschwankungen sind für alle Finanzmärkte typisch).

- Schwankende Wechselkurse und Rohstoffpreise, über der Wachstumsrate liegende Zinssätze und zunehmende Gewinnchancen kurzfristiger Finanzspekulation dämpfen das Wachstum der Realinvestitionen und damit der Gesamtwirtschaft; als Folge steigen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, was wiederum einen Abbau des Sozialstaats als „Sachzwang“ erscheinen lässt.
- Die neoliberale Ideologie wird somit nicht durch eine (temporäre) Popularität ihrer Forderungen geschichtsmächtig, sondern durch die „Hintertür“ der Ent-Fesselung der Finanzmärkte: Diese senkt das Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen und lassen Sozialabbau und Deregulierung als unvermeidlich erscheinen.
- Dass der Neoliberalismus eine Ideologie ist, welche die politischen Interessen der Vermögenden wissenschaftlich legitimiert, wird an seiner Leitlinie deutlich, den Einfluss des „Systems Politik“ und damit der Demokratie auf die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse möglichst weit zurückzudrängen zugunsten des „Systems Markt“.

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Interessen der beiden Veranlagungsformen von Vermögen gilt: Der Finanzkapitalismus stellt ein Regime dar, in dem das gemeinsame politische Interesse von Real- und Finanzkapital an einer Schwächung von Gewerkschaften und Sozialstaat einen größeren Stellenwert hat als der Gegensatz ihrer ökonomischen Interessen.

Im nächsten Abschnitt soll skizziert werden, wie die Interaktion der Interessen von Arbeit, Realkapital und Finanzkapital die langfristige Entwicklungsdynamik prägt, insbesondere die Sequenz von real- und finanzkapitalistischen Systembedingungen.

4. Die Abfolge von Realkapitalismus und Finanzkapitalismus im langfristigen Entwicklungszyklus

Sowohl Realkapital als auch Arbeit profitieren von einer Expansion der Gütermärkte; sie sind deshalb ökonomische Bündnispartner sofern es gleichzeitig gelingt, ihren traditionellen politischen Antagonismus zu integrieren. Genau dies war in den ersten 25 Jahren der Nachkriegszeit der Fall:

- Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise wurde von Keynes eine Theorie entwickelt, welche den systemischen Charakter des Wirtschaftens betonte und damit die Bedeutung einer Kooperation von Unternehmern, Arbeitnehmern und Staat mit dem Ziel, Realkapitalbildung und Beschäftigung zu fördern.

- Niedrige Zinssätze und feste Wechselkurse, liberalisierte Gütermärkte, verbesserte Produktionsbedingungen durch öffentliche Investitionen und eine stabile Konsumnachfrage durch Steigerung der Reallohne und Ausbau des Sozialstaats lenkten das Gewinnstreben systematisch auf die Gütermärkte.
- Auf politischer Ebene wurde der „große Konsens“ zwischen der Unternehmerschaft und den Gewerkschaften durch den „Kalten Krieg“ und die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West gefördert.

Die Prosperitätsphase der Nachkriegszeit wurde somit durch ein stillschweigendes Bündnis von Realkapital und Arbeit geprägt auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, welche zwei einander logisch widersprechende, aber in der Praxis ergänzende Steuerungsmechanismen kombinierte: Konkurrenz der Individuen auf der Ebene der Märkte und Kooperation von Verbänden, Regierungen und Staaten auf der Ebene der Politik. Die Interessen des quantitativ noch unbedeutenden Finanzkapitals wurden an ihrer Entfaltung gehindert.

Auch der Globalisierungsprozess wurde durch diese Systembedingungen geprägt: Die internationalen Finanzmärkte blieben reguliert, das Finanzkapital wurde also auch auf globaler Ebene „ruhig gestellt“, gleichzeitig wurde aber die Expansion der Gütermärkte gefördert, und zwar sowohl durch ihre schrittweise Liberalisierung im Rahmen der GATT-Runden als auch durch kooperative Strategien der Wirtschaftspolitik wie den Marshall-Plan oder die in den sechziger Jahren forcierte Entwicklungshilfe.

Dieses Modell war so erfolgreich, dass in Europa schon Anfang der sechziger Jahre Vollbeschäftigung herrschte. In dieser Lage stellten die Gewerkschaften neue Forderungen, eine Umverteilung zugunsten der Löhne sowie betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung: Beides wurde teilweise durchgesetzt, insbesondere durch die Verdreifachung der Häufigkeit bzw. Dauer von Streiks Mitte der sechziger Jahre. Wenig später verschärfte die Studentenbewegung und gleich darauf die Ökologiebewegung die Kritik am (Vergeudungs)Kapitalismus.

Übersicht 4

Der ökonomische Erfolg des Bündnisses zwischen Realkapital und Arbeit reaktivierte so ihren politischen Antagonismus: Unter den Bedingungen von Vollbeschäftigung drohte der „Vormarsch“ von Gewerkschaften und Sozialdemokratie die gesellschaftliche Macht zulasten der Unternehmerschaft zu verschieben; sie orientierte sich daher wieder an jener Doktrin, welche den Wohlfahrtsstaat selbst als das „Grundübel“ ansieht. Nicht zufällig brachte das Jahr 1968 den Durchbruch für Milton Friedman und seine neoliberal-monetaristische Theorie auf akademischem Boden (Friedman, 1968). Ausgehend von dem „Beweis“, dass Vollbeschäftigungspolitik langfristig sinnlos ist, gelang es den Monetaristen, ihr gesellschaftspolitisches Programm wissenschaftlich zu legitimieren und zu popularisieren (also die Interessen der Vermögenden als die Interessen aller BürgerInnen erscheinen zu lassen):

- Der Staat ist der „Feind“ der Wirtschaft: je mehr er sich zurückzieht, umso besser für alle.

- Insbesondere die in der Prosperitätsphase ausgebauten Systeme der sozialen Sicherheit müssen beseitigt werden.
- Die Gewerkschaften sind die Hauptschuldigen an der Arbeitslosigkeit: sie „verführen“ die Arbeitnehmer zu einem zu hohen Lohnniveau.
- Deshalb kann und soll der Staat die Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen.
- Zinssätze und Wechselkurse dürfen nicht stabil gehalten, sondern müssen dem Spiel der Marktkräfte überlassen werden.
- Das einzige Ziel der Wirtschaftspolitik ist die Stabilität des Geldwerts.

Mit diesen Thesen legitimierte der Neoliberalismus die politischen Interessen des Konservatismus und die ökonomischen Interessen des Finanzkapitals: Alle wirtschaftlichen Entscheidungen sollen dem Marktmechanismus unterworfen werden (wo „Geldstimmen“ zählen und nicht der Grundsatz „one (wo)man, one vote“), die Bekämpfung von Inflation und Staatsverschuldung hat absolute Priorität (der beiden „Todfeinde“ des Finanzkapitals, da dieses historisch in erster Linie durch Hyperinflation und Staatsbankrott vernichtet wurde) und die Finanzmärkte sind vollständig zu deregulieren (das „Aktivitätszentrum“ des Finanzkapitals).

Dieses Programm wurde in Etappen umgesetzt. Anfang der siebziger Jahre wurde das Währungssystem von „Bretton Woods“ aufgegeben und die Wechselkursbildung den Marktkräften überlassen: kurzfristig orientierte Spekulation verursacht seither enorme Kursschwankungen; da der Dollar den wichtigsten „Jeton“ darstellt, schwankt der Wert der weltwirtschaftlichen Leitwährung bei weitem am stärksten.

Die zwei ausgeprägten Abwertungen des Dollar 1971/73 und 1977/78 entwerteten die Dollarerlöse der Erdölexporteur und wurden zur wichtigsten Ursache für die beiden Ölpreisverteuerungen 1973 und 1979, die nachfolgenden Rezessionen und den dadurch verursachten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Als Folge der monetaristischen Hochzinspolitik liegt der Zinssatz seit Ende der siebziger Jahre permanent über der Wachstumsrate, während er davor darunter gelegen war. Die Unternehmen passten sich diesem „Regimewechsel“ durch eine Reduktion ihrer Realinvestitionen relativ zu Finanzinvestitionen an. Dies dämpfte das Wirtschaftswachstum (und damit auch die Steuereinnahmen) und ließ die Arbeitslosenunterstützungen immer mehr zunehmen: die Staatsschulden wuchsen seit Ende der siebziger Jahre rascher als das BIP, der Wohlfahrtsstaat wurde unfinanzierbar (gemacht).⁷⁾

Während das Wachstum von Investition, Produktion und Handel auf den Gütermärkten durch hohe Zinsen und instabile Finanzierungsbedingungen gedämpft wurde, boomten die Finanzmärkte umso mehr: im Zuge ihrer Deregulierung wurden Finanzinnovationen

⁷⁾ Der Übergang von realkapitalistischen zu finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen erfolgte auf globaler Ebene somit früher (um 1973) als innerhalb der Industrieländer (um 1980).

geschaffen (Futures, Optionen, Optionen auf Futures etc.), welche eine Vielzahl neuer Formen von Spekulation ermöglichten. Diese erfassten alle für Investition und Produktion zentralen Preise wie Zinssätze, Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse.

Gefördert durch den enormen Fortschritt im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien manifestierte sich der Finanzkapitalismus auf der globalen Ebene noch stärker als innerhalb der Industrieländer. Dies fand unter anderem darin seinen Ausdruck, dass alle schweren Finanzkrisen auf der internationalen Ebene auftraten, von der Schuldenkrise 1982 bis zur Finanzkrise in Ostasien 1997, in Russland 1998 und in Argentinien und Brasilien in jüngster Zeit.

Die Krisenphase der zweiten Hälfte der Nachkriegszeit war und ist durch ein stillschweigendes Bündnis von Realkapital und Finanzkapital geprägt, (populär)wissenschaftlich durch den Neoliberalismus legitimiert. Politisch haben sowohl Unternehmer als auch Rentiers dadurch gewonnen: Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Sozialleistungen und ein geschwächter (Wohlfahrts)Staat drängten die Arbeitnehmer in die Defensive.

Ökonomisch haben freilich auch große Teile der Unternehmerschaft durch die Koalition mit dem Finanzkapital verloren, insbesondere die Besitzer von Klein- und Mittelbetrieben, die nach wie vor darauf angewiesen sind, ihre Gewinne auf Gütermärkten zu machen.

5. „Stylized facts“ zum Real- und Finanzkapitalismus

Im folgenden sollen die Unterschiede zwischen dem Real- und dem Finanzkapitalismus am Beispiel der Real- und Finanzakkumulation des „non-financial business“ (im Zusammenhang mit der Entwicklung der Aktienkurse), dem Verhältnis zwischen Zinssatz und Wachstumsrate, den Schwankungen der Wechselkurse sowie den Verschiebungen der relativen Faktorpreise von Kapital und Arbeit illustriert werden.⁸⁾

Abbildung 1: Real- und Finanzvermögensbildung der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften

Bis Mitte der siebziger Jahre war die Realvermögensbildung (Netto-Investitionen) der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften in Deutschland viel höher und in den USA annähernd gleich hoch wie die Finanzvermögensbildung (Kauf von Finanzaktiva einschließlich Aktien – alle Variable zu laufenden Preisen in Relation zur Netto-Wertschöpfung). In den USA übertrifft die Finanzakkumulation des „non-financial business“ die Realkapitalbildung schon seit Ende der siebziger Jahre deutlich, in Deutschland seit Anfang der neunziger Jahre (Abbildung 1). In beiden Ländern hat in den neunziger Jahren insbesondere der Erwerb von Aktien und sonstigen Unternehmensbeteiligungen zugenommen. Dies deutet darauf hin, dass der Aktienboom viele nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften veranlasste, ihre Veranlagung von

⁸⁾ Eine ausgezeichnete Darstellung, Analyse und Kritik der Entwicklung der Finanzmärkte findet sich in Huffschmid (1999).

Real- zu Finanzinvestitionen zu verlagern. Dies scheint insbesondere im Fall Deutschlands plausibel, wo sich die Realinvestitionen der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften merklich schwächer entwickelten als die Wertschöpfung, ihre Finanzinvestitionen aber viel stärker.⁹⁾

Abbildung 2: Aktienkurse und Realkapital der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften

Der Realkapitalstock des „non-financial business“ und sein Netto-Gesamtwert (= Realkapital zu laufenden Wiederbeschaffungspreisen der Gütermärkte minus Netto-Finanzverbindlichkeiten) expandierte bis Anfang der achtziger Jahre sowohl in den USA als auch in Deutschland viel stärker als Aktienkurse und Marktkapitalisierung (Abbildung 2). In der Periode zwischen 1982 und 1999 ergab sich eine „spiegelverkehrte“ Entwicklung: der (finanzkapitalistische) Aktienboom ließ Kurse und Marktkapitalisierung viel rascher anwachsen als ihr Realkapitalstock bzw. ihr gesamter Unternehmenswert zu Gütermarktpreisen. Diese Entwicklung wurde durch den nachfolgenden Verfall der Aktienkurse zu einem großen Teil „korrigiert“.

Abbildung 3: Real- und Finanzvermögen der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften

Als Folge dieser unterschiedlichen Akkumulationsdynamik ist der Realkapitalstock der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften in beiden Ländern bis etwa 1980 rascher gestiegen als die Netto-Wertschöpfung (Abbildung 3). In den USA ist das Realvermögen zwischen 1982 und 1994 unterdurchschnittlich gewachsen (und seither etwa so rasch gestiegen wie die Produktion), in Deutschland ist der Realkapitalstock der erst seit 1993 deutlich langsamer gestiegen als die Netto-Wertschöpfung. Das Finanzvermögen der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften ist hingegen in beiden Ländern seit Anfang der achtziger Jahre enorm expandiert, es ist mittlerweile annähernd so groß wie das Realkapital.

Abbildung 4: Unternehmenswert zu Güterpreisen und Aktienkursen

In realkapitalistischen Phasen ist das Gewinnstreben auf realwirtschaftliche Aktivitäten fokussiert, Realkapitalstock und Netto-Gesamtwert (zu Kapitalgüterpreisen) der Aktiengesellschaften expandieren, gleichzeitig steigen die Aktienkurse nur schwach bzw. gehen real sogar deutlich zurück (Abbildung 2). Aus diesem Grund steigt auch der Unternehmenswert zu Aktienkursen (Marktkapitalisierung) viel schwächer als der „reale“ Unternehmenswert (Netto-Gesamtwert) – und das, obwohl sich die Unternehmen im Realkapitalismus auch durch Aktienemissionen finanzieren, die Marktkapitalisierung also deutlich rascher steigt als die Aktienkurse (in finanzkapitalistischen Phasen fallen hingegen die Aktienrückkäufe höher aus als die Emissionen).

Aus diesen Gründen nimmt im Realkapitalismus die Unterbewertung der nicht-finanziellen Aktiengesellschaften durch die Börse zu – gemessen am „fundamentalen“ Netto-Gesamtwert

⁹⁾ Die Daten für Deutschland beziehen sich bis 1992 auf die alten Bundesländer (in diesem Jahr wurden die Zeitreihen mit jenen für Gesamtdeutschland verkettet). Eine ausführliche Dokumentation des Veranlagungsverhaltens der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften seit 1960 in den USA und in Deutschland findet sich in Schulmeister (2003).

(im Börsenjargon ausgedrückt: die Gütermärkte sind „bullish“, die Aktienmärkte „bearish“). Um 1980 war der Börsenwert der Aktiengesellschaften in den USA wie in Deutschland um etwa 60% niedriger als ihr „realer“ Wert (Abbildung 4). Diese Diskrepanz ist eine „Triebkraft“ im Übergang von einem realkapitalistischen zu einem finanzkapitalistischen Regime.

Zwischen 1982 und 1999 expandierten umgekehrt Realkapital und Netto-Gesamtwert der nicht-finanziellen Aktiengesellschaften viel schwächer als Aktienkurse und Marktkapitalisierung, die Diskrepanz zwischen den beiden Arten der Unternehmensbewertung „drehte“ sich nahezu kontinuierlich: Ende 1999 waren die Aktiengesellschaften gemessen an ihrem Netto-Gesamtwert sowohl in den USA als auch in Deutschland um etwa 80% überbewertet (Abbildung 4). Diese Überbewertung war ein entscheidender Faktor für das „Kippen“ des „bull market“ in einen „bear market“.

Abbildung 5: Zinssatz, Wachstumsrate und Staatsverschuldung in den USA

Als eine Komponente realkapitalistischer Rahmenbedingungen haben die Notenbanken bis Ende der siebziger Jahre den von ihnen gesteuerten Geldmarktzins (er ist gleichzeitig die wichtigste Determinante des Bankkreditzins) permanent unter der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate gehalten (Abbildung 5). Dies hat die Fremdfinanzierung der Schuldnersektoren, also der Unternehmen und des Staates, relativ billig gehalten und so die Realkapitalbildung gefördert. Dies trug wesentlich zum kräftigen Wirtschaftswachstum bei, was es der Wirtschaftspolitik – insbesondere in Europa – ermöglichte, den Sozialstaat auszubauen und die Infrastruktur zu verbessern, ohne einen Anstieg der Staatsschuldenquote in Kauf nehmen zu müssen. Überdies dämmte das negative Zins-Wachstums-Differential auf Grund der „dynamischen Budgetbeschränkung“ die Akkumulationsdynamik der Schulden von Unternehmen und Staat ein (Schulmeister, 1996).

Abbildung 6: Zinssatz, Wachstumsrate und Staatsverschuldung in Deutschland

Ende der siebziger Jahre wechselten die Notenbanken ihren geldpolitischen Kurs: die Inflation sollte nach monetaristischem Konzept durch einer Steuerung der Geldmenge bekämpft werden, konkret wirksam wurde diese Politik in Gestalt dramatischer Leitzinserhöhungen. Zwischen 1980 und 1990 lag der Geldmarktzins in den USA um 2,2 und in Deutschland um 1,4 Prozentpunkte über der Wachstumsrate. (Abbildungen 5 und 6).

Ende der achtziger Jahre verwarf die US-Notenbank das monetaristische Konzept der Geldpolitik, da ein politisch „verwendbarer“ Zusammenhang zwischen Geldmengenwachstum und Inflation nicht feststellbar war (nicht zuletzt infolge der permanenten Finanzinnovationen). Seither verfolgt die Fed eine Politik mittelfristig niedriger Leitzinsen (relativ zur erwarteten Wachstumsrate), welche markant antizyklisch variiert werden: zwischen 1991 und 2003 lag der Geldmarktzins um durchschnittlich 0,6 Prozentpunkte unter der Wachstumsrate.

Die Bundesbank und seit 1999 die EZB halten hingegen weiterhin am Monetarismus fest und berücksichtigen deshalb weder Wirtschaftswachstum noch Beschäftigungsniveau als Ziele

der Geldpolitik (diese Politik wird im Fall der EZB durch ihr Statut erleichtert, aber nicht erzwungen). Die Strategie von Bundesbank und EZB entspricht somit genau der Rolle der Notenbank im Zeitalter des Finanzkapitals: sie agiert im (verdeckten) Interesse der Rentiers, was sich nicht zuletzt darin äußert, dass ihre monetaristisch orientierte Politik einen hohen Zinssatz und Wechselkurs des Euro fördert. Dementsprechend lag der Geldmarktzins in Deutschland zwischen 1991 und 2003 um 1,7 Prozentpunkte über der Wachstumsrate, dieses Differential stieg in Rezessionen besonders stark an (Abbildung 6).

Über verschiedene Transmissionskanäle – vom Vertrauen der Unternehmer und Konsumenten in eine wachstumsorientierte Notenbankpolitik über niedrige Kapitalnutzungskosten bis zum „dynamic budget constraint“ – hat die Zinspolitik der Fed das Wirtschaftswachstum und (damit) den Rückgang der Staatsschuldenquote in den neunziger Jahren gefördert. Für die Politik von Bundesbank und EZB gilt das Gegenteil (Abbildungen 5 und 6).¹⁰⁾

Abbildung 7: Wechselkurs und Kaufkraftparität

Abbildung 7 verdeutlicht das systematische „overshooting“ des Wechselkurses des Dollar je Euro bzw. ECU gegenüber der Kaufkraftparität international gehandelter Sachgüter als „benchmark“ für den fundamentalen Gleichgewichtskurs (= die „manisch-depressiven“ Preisschwankungen am Devisenmarkt).¹¹⁾ Durch starke Dollarabwertungen verschlechterte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber den USA in den siebziger Jahren, dementsprechend verschoben sich die Exportmarktanteile.

Nach einer gegenläufigen Entwicklung in der „Hochblüte des Finanzkapitals“ in den USA zwischen 1980 und 1985 (charakterisiert durch einen enormen Anstieg von Zinssatz und Wechselkurs des Dollar sowie den Beginn des Booms von Finanzinnovationen und Aktienkursen), gelang es der Wirtschaftspolitik, das finanzkapitalistische Gewinnstreben auf den Aktienmarkt zu fokussieren: sie förderte fast systematisch einen starken und längerfristigen

¹⁰⁾ Diese Zusammenhänge verweisen auf einen fundamentalen Konstruktionsfehler des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Wenn das Ziel einer Begrenzung von Budgetdefizit und Staatsschuldenquote nur durch eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Politik von zwei Akteuren gemeinsam erreicht werden kann (Regierungen und EZB), aber nur die Regierungen in die Pflicht genommen werden, so kann eine nicht-kooperative Politik der (in jeder Hinsicht ungebundenen) EZB die Erreichung des Ziels verhindern. Diese „Haltet-den-Dieb-Problematik“ wird dann verschärft, wenn die EZB ein (verleugnetes) Interesse an Finanzproblemen der öffentlichen Haushalte hat, weil dies das wichtigste Druckmittel zum Abbau des Sozialstaats ist (ein kaum verleugnetes Ziel der EZB). Geben die Regierungen diesem Druck nach und versuchen, das Budgetdefizit durch Sozialabbau zu reduzieren (statt auch die vermögenden, insbesondere die Rentiers, durch steuerliche Maßnahmen an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen), so geraten sie genau in jenes Schlamassel, in dem sich Deutschland bereits befindet.

¹¹⁾ Die üblicherweise verwendeten Kaufkraftparitäten (KKP) auf Basis des BIP stellen einen verzerrten Indikator der Preisverhältnisse von „tradables“ dar, weil die relativen Preise der nicht gehandelten Dienstleistungen systematisch von jenen der Sachgüter abweichen (Balassa-Samuelson-Theorem). Dies gilt insbesondere auch für die KKP zwischen Dollar und Euro: so sind in den USA etwa die Dienstleistungen des Bildungs- und Gesundheitswesens (komparativ) viel teurer als in der Eurozone. Im Hinblick auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist deshalb der Euro gegenüber dem Dollar in wesentlich höherem Ausmaß überbewertet – nämlich um etwa 26% – als es auf Basis der KKP des BIP erscheint (im Jahr 2003 beträgt die KKP des Euro gegenüber dem Dollar auf Basis des BIP 1,07, auf Basis von Sachgütern aber nur 0,92 – die obige Berechnung geht vom aktuellen Wechselkurs von 1,16 aus).

Rückgang der für die Realwirtschaft (unmittelbar) wichtigeren Finanzvariablen, des Zinssatz und des Wechselkurses - die entsprechenden Maßnahmen reichten vom Kurswechsel in der Zinspolitik bis zum wiederholten „talking the dollar down“ durch Spitzenpolitiker der USA. Bis 1995 hat sich der reale Wechselkurs des Dollar nahezu halbiert, jener des ECU daher fast verdoppelt, und dementsprechend fielen die Marktanteilsgewinne der USA und die Verluste Europas aus (Abbildung 7).

Erst in der Boomphase der US-Konjunktur stieg der Dollarkurs gegenüber dem ECU bzw. Euro wieder und damit auch der Marktanteil der EU-Exporte. Seit der Rezession 2001 hat die US-Politik die Dollarschwäche wieder als zusätzliche Konjunkturstütze „aktiviert“, während sich die veröffentlichte Meinung in Europa (zunächst) über den endlich erstarkten Euro freute – ganz im Sinne der finanzkapitalistischen Präferenzen.

Abbildung 8: Kosten und Einsatz von Kapital und Arbeit in der Gesamtwirtschaft

Abbildung 8 zeigt den (Nicht-)Zusammenhang zwischen den relativen Faktorpreisen und dem Faktoreinsatz in der Gesamtwirtschaft der alten Bundesländer. Demnach steigt der Kapitaleinsatz je Arbeitseinheit stetig an, offenbar unabhängig von den relativen Faktorpreisen (deren ausgeprägte Schwankungen sind fast ausschließlich Folge der Instabilität der Kapitalkosten, was wiederum auf die Zinsschwankungen zurückzuführen ist). Für die einzelnen Sektoren der westdeutschen Wirtschaft zeigt sich qualitativ das gleiche Bild, ebenso für die US-Wirtschaft und ihre Sektoren (siehe dazu Schulmeister, 1998).

Diese Beobachtungen lassen folgende Interpretation plausibel erscheinen: Erstens, die Kapitalintensität hängt in erster Linie vom technischen Fortschritt und nicht von den Faktorpreisen ab (z.B.: PKW werden in Seoul nicht anders produziert als in Wolfsburg, im Zeitablauf werden die Arbeitskräfte aber an beiden Standorten mit immer mehr Kapital ausgestattet). Zweitens, Beschäftigungsvolumen und Arbeitsproduktivität werden primär durch die Menge des Realkapitals und seine Qualität determiniert, letztere kommt in der Kapitalintensität zum Ausdruck. Drittens, die Arbeitsnachfrage ist unter diesen Bedingungen von der Realkapitalbildung und dem technischen Fortschritt abhängig, wird also in hohem Maß von jenen Variablen mitbestimmt, welche auf die Investitionsnachfrage wirken wie Zinssatz, Wechselkurs oder (sonstige) potentielle Finanzkapitalerträge als „opportunity costs“.

Im Folgenden sollen die in Jahrhunderten herangewachsenen Unterschiede zwischen dem US-amerikanischen und dem europäischen Gesellschaftsmodell skizziert und ihre Performance in real- und finanzkapitalistischen Entwicklungsphasen beleuchtet werden.

6. Das Europäische und das US-amerikanische Modell

Die wichtigsten Unterschiede zwischen beiden Gesellschaftsmodellen lassen sich aus ihrer historischen Entwicklung begreifen.

Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist eine Geschichte der Einwanderer, der Abenteurer und Eroberer ("go West"), der individuellen Helden, sei es als Cowboy, Unternehmer, Finanzspekulant oder Politiker. Dementsprechend hoch ist der Stellenwert des Individualismus ("jeder ist seines Glückes Schmied") und die räumliche, soziale und berufliche Mobilität der Einzelnen. Die Organisation von Interessen in Verbänden spielt eine im Vergleich zu Europa geringe Rolle; dies gilt insbesondere für die Interessen der Arbeitnehmer: eine Arbeiterpartei konnte sich nicht entwickeln, Mitgliederdichte und Einfluss der Gewerkschaften sind klein.

In den europäischen Gesellschaften prägte hingegen die Eingebundenheit in Verbänden das Leben, sei es im Rahmen der Grundherrschaft, der Zünfte, der Städte oder der Staaten, wobei zwischen jenen "oben" und jenen "unten" wechselseitige Rechte und Pflichten bestanden. Diese Tradition führte nach der industriellen Revolution einerseits zur Organisation der Arbeiterinteressen in Form von Gewerkschaften und Parteien, und andererseits dazu, dass nunmehr der ("Vater") Staat Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer vor den "ungebändigten" Märkten und Unternehmern ergriff: Sozialversicherung, Kündigungsschutz und Regulierungen des Wohnungsmarkts prägten die gesellschaftliche Entwicklung Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts - nicht individuelle "charity" der Wohlhabenden sollte soziale Not mildern wie in den USA, sondern das "System Politik".

Mit der Verschärfung der "sozialen Frage" und damit der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit ging jene Ideologie in die politische Offensive, welche den Menschen nur als gesellschaftliches Wesen betrachtet, der Sozialismus auf der Basis des Marxismus. Dem setzten die Vermögenden ihre Ideologie entgegen, welche den Menschen nur als Individuum betrachtet, der (Neo)Liberalismus.

Sowohl die Weltwirtschaftskrise als auch der nachfolgende Faschismus waren vom Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit geprägt: in der Weltwirtschaftskrise prallten die ökonomischen und politischen (Klassen)Gegensätze aufeinander, im Faschismus wurden sie zwangsweise "integriert", indem ihre Existenz verleugnet wurde ("Volksgemeinschaft").

Auf der Grundlage dieser Erfahrungen, insbesondere auch ihrer wissenschaftlichen Verarbeitung durch den Keynesianismus, und vor dem Hintergrund des kommunistischen Vormarschs wurde in (West)Europa nach 1945 das Europäische Modell in Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft realisiert: der Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital sollte durch die Dynamik einer vom Staat bzw. dem "System Politik" regulierten ("sozialen") Marktwirtschaft gesellschaftlich integriert werden.¹²⁾

¹²⁾ „Soziale Marktwirtschaft“ und „Europäisches Modell“ werden in diesem Essay allgemein als eine solche Organisation der ökonomischen und sozialen Beziehungen definiert, in welcher der (Sozial)Staat die Hauptverantwortung für die Absicherung gegen Grundrisiken wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Armut im Alter, Behinderung übernimmt, und zwar durch staatliche Einrichtungen. Darüber hinaus ist im Europäischen Modell auch das Bildungswesen im wesentlichen Angelegenheit des Staats, um die Ungleichheit in den Entfaltungschancen zu mildern. Die soziale Kranken-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung sowie das öffentliche Bildungswesen stellen die vier Hauptsäulen des Sozialstaats dar, durch sie unterscheidet sich das Europäische Modell am deutlichsten vom US-

Überdies sollten Auseinandersetzungen in den Arbeitsbeziehungen durch die Verbände der Unternehmer und Arbeitnehmer ausgetragen werden; typisch für diese korporatistische Gestaltung der "labor relations", bei der sowohl berücksichtigt wurde, dass beide Partner im gleichen Boot sitzen, als auch, dass sie unterschiedliche Interessen haben, war und ist das, was in Österreich die Sozialpartnerschaft und in Deutschland der "rheinische Kapitalismus" genannt wird.

Übersicht 5

Im Europäischen Modell werden somit das "Steuerungssystem Markt und Unternehmen" und das "Steuerungssystem Politik und Staat" nicht als gegensätzlich begriffen, sondern als einander ergänzend: Aufgabe der Märkte und Unternehmen ist es, Investition, Produktion und Handel privater Güter effizient zu organisieren, der Staat wiederum setzt die "Spielregeln", er dämpft die Konjunkturschwankungen durch eine antizyklische Fiskal- und Geldpolitik, verbessert die Wachstumsbedingungen durch Ausbau der Infrastruktur, und sorgt generell für die Bereitstellung öffentlicher Güter, zu denen nicht nur innere und äußere Sicherheit zählen, sondern implizit auch der gesellschaftliche Zusammenhalt und damit der soziale Ausgleich.

Dementsprechend sind Vollbeschäftigung und eine relativ gleichmäßige Einkommensverteilung konstitutive Ziele des europäischen Modells, der Staat greift insbesondere in drei Bereichen in die Marktprozesse ein, um die Ungleichheit in den Entfaltungschancen und Lebensbedingungen zu mildern:

- In der Vorbereitung auf das Erwerbsleben (das Bildungswesen wird in Europa überwiegend vom Staat organisiert).
- Im Erwerbsleben (Regulierung des Arbeitsmarkts, insbesondere durch den Arbeitnehmerschutz).
- Bei Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (durch die Sozialversicherung für den Fall von Unfall und Krankheit, Arbeitslosigkeit sowie für den Ruhestand).

In diesen Bereichen unterscheidet sich das europäische besonders markant vom amerikanischen Modell, in dem das Bildungswesen überwiegend privatwirtschaftlich organisiert wird (dies gilt insbesondere für die Eliteeinrichtungen), in dem es keinen nennenswerten Arbeitnehmerschutz gibt ("hire and fire") und in dem die staatliche Absicherung gegen Einkommensverluste als Folge von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Pensionierung kaum entwickelt ist.

amerikanischen Modell. Auf Grund dieser weit gefassten Definition werden „Soziale Marktwirtschaft“ und „Europäisches Modell“ in diesem Artikel synonym verwendet. Mit dieser Definition sollen die Gemeinsamkeiten der verschiedenen (west)europäischen Länder erfasst werden (und damit auch die gemeinsamen Unterschiede zum US-amerikanischen Modell). Der hier verwendete Begriff von „Sozialer Marktwirtschaft“ geht deshalb über den ursprünglich von Müller-Armack (1966) geprägten und in der deutschsprachigen Literatur verwendeten Begriff hinaus.

Entsprechend der Komplementarität von Markt und Staat ist das Europäische Modell der Sozialen Marktwirtschaft bzw. des Wohlfahrtsstaats hinsichtlich der Interaktion der Akteure durch eine Kombination von Konkurrenz und Kooperation gekennzeichnet, letztere insbesondere in und zwischen den Interessensverbänden. Im amerikanischen "laissez-faire-Modell" dominiert hingegen das Prinzip der Konkurrenz von Individuen, deren Zusammenwirken nach neoliberalen Credo gleichzeitig auch das soziale Optimum gewährleistet.

Anders ausgedrückt: das europäische Modell berücksichtigt die "duale" Existenz des Menschen als individuelles und soziales Wesen in höherem Maß als das stärker vom Individualismus geprägte amerikanische Modell.

7. Das europäische und amerikanische Modell unter real- und finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen

Neben den in der „Dimension Zeit“ wechselnden makroökonomischen Rahmenbedingungen in Gestalt des Real- bzw. Finanzkapitalismus gibt es in der „Dimension Raum“ die beiden unterschiedlichen Arten von institutionellen (oder meso-ökonomischen) Rahmenbedingungen in Gestalt des europäischen und des US-amerikanischen Modells. Daraus resultieren vier Kombinationen, dargestellt am Beispiel der Nachkriegsgeschichte (Übersicht 6)

Übersicht 6

Die Kombination „Soziale Marktwirtschaft und Realkapitalismus“ kennzeichnet die europäische Entwicklung bis etwa 1973. Diese Kombination ermöglichte nach allen wesentlichen Kriterien wie Wachstumstempo, Realkapitalbildung, Beschäftigungsniveau, Preisstabilität, Einkommensverteilung und sozialem Ausgleich eine bessere Performance als das US-amerikanische Modell (die Kombination „'Laissez-faire-Modell' mit Realkapitalismus“).

Die wichtigste Ursache für die hervorragende gesellschaftliche Entwicklung in Europa bestand in der Kohärenz des Modells der Sozialen Marktwirtschaft (die mesoökonomischen Rahmenbedingungen) mit den makroökonomischen Rahmenbedingungen des Realkapitalismus: Erstens entsprach der (hohe) Stellenwert der Wirtschaftspolitik im keynesianischen „Weltbild“ des Realkapitalismus (von der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik bis zur Wachstums- und Sozialpolitik) der zentralen Rolle des Staates im europäischen Modell, zweitens kamen die Vorteile der staatlichen Aktivitäten sowohl der Unternehmerschaft als auch den Arbeitnehmern zugute (was indirekt das Interessenbündnis zwischen Arbeit und Realkapital stärkte), und drittens ermöglichten die realkapitalistischen Rahmenbedingungen ein so hohes Wachstum von Produktion und Beschäftigung, dass sowohl der Sozialstaat ausgebaut als auch die Staatsschuldenquote gesenkt werden konnte.

Realkapitalistische Rahmenbedingungen kombiniert mit dem „Laissez faire-Modell“ finden wir in der US-amerikanischen Entwicklung der ersten Hälfte der Nachkriegszeit: In dieser Phase war der Staat auch in den USA wirtschafts- und sozialpolitisch „aktiver“ als es dem „Laissez-faire“ und damit der langfristigen Tradition des amerikanischen Modells entsprach. Genau diese Inkohärenz begannen die führenden Köpfe des Neoliberalismus schon frühzeitig zu bearbeiten nach dem Motto „Der (Sozial)Staat bedroht die (individuelle) Freiheit“ (Hayek, 1948, und Friedman, 1984; im englischen Original waren diese Werke schon 1944 bzw. 1962 erschienen).

Der Systemwechsel zum Finanzkapitalismus und damit die Verlagerung der Anreize von real- zu finanzwirtschaftlichen Aktivitäten ist die wichtigste Ursache für die nachhaltige Dämpfung des Wirtschaftswachstums seit Anfang der siebziger Jahre.

Der Übergang von real- zu finanzkapitalistischen Systembedingungen verursachte in Europa einen wesentlich stärkeren „Bruch“ in der gesellschaftlichen Entwicklung als in den USA; denn einerseits lassen sich die in Jahrzehnten aufgebauten Institutionen des Sozialstaats nicht einfach wieder abbauen, andererseits setzt ihre Bewahrung ein kräftiges Wirtschaftswachstum voraus, und damit realkapitalistische Rahmenbedingungen. Diese Problematik wird an der Entwicklung der Staatsverschuldung und der Arbeitslosigkeit besonders deutlich.

Da der Staat im Europäischen Modell mehr Aufgaben übernommen hat als in den USA, ließen die Halbierung der Wachstumsrate und der permanent darüber liegende Zinssatz die Staatsschulden rascher steigen als die Gesamtproduktion (BIP). Gleichzeitig bewirkte die stetige Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte, dass die Arbeitsproduktivität in Europa langfristig stärker stieg als in den USA; überdies schränkten auch die arbeitsrechtlichen Bestimmungen das Entstehen von Niedriglohnarbeitsmärkten ein. Unter diesen für das europäische Modell typischen Bedingungen machte die nachhaltige Wachstumsdämpfung jede nennenswerte Beschäftigungsausweitung unmöglich. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Rezessionen konnte in den zu kurzen und zu schwachen Aufschwungsphasen nicht abgebaut werden, dies schwächte die Finanzierung der Sozialsysteme und diente den neoliberalen Kritikern des europäischen Modells als Argument für ihre beiden Hauptthesen: der Arbeitsmarkt muss dereguliert und „wir“ können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten.

Die Kombination „Soziale Marktwirtschaft und Finanzkapitalismus“ erweist sich somit als hochgradig inkohärent. Dies betrifft nicht nur den Widerspruch zwischen Massenarbeitslosigkeit und Sozialstaat, sondern auch die Entfremdung zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, der Verlust des Vertrauens der BürgerInnen in den Sozialstaat als einem „Gesellschaftsvertrag“ und die dem Grundwert der Solidarität widersprechende Individualisierung von Grundrisiken wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Armut im Alter.

Die Kombination „'Laissez-faire-Modell' und Finanzkapitalismus“ und damit die Entwicklung in den USA seit den frühen siebziger Jahren weist demgegenüber weniger (gravierende) Widersprüche auf: dies zeigt sich etwa an der Priorität für das Individuum und seiner Entfaltung, die sowohl in den Grundwerten und Lebensgewohnheiten des US-amerikanischen Modells seinen Ausdruck findet als auch im wirtschaftswissenschaftlichen Modell des Neoliberalismus, aber auch an der Kohärenz zwischen dem Bildungssystem in den USA, den unregulierten Arbeitsmärkten und dem Motto „Jeder ist seines Glückes Schmied“. So trägt das hohe Angebot an relativ schlecht qualifizierten Arbeitskräften, die geringen Arbeitslosenunterstützungen und das „hire-and-fire“-Prinzip dazu bei, dass sich Beschäftigung und Produktion bei abgeschwächtem Wachstum zu den traditionellen Dienstleistungen mit niedriger Produktivität verlagern wie Handel, Gastgewerbe, Gesundheitswesen oder persönliche Dienste: in diesen Bereichen entstanden die meisten Jobs, sie wurden jedoch so schlecht bezahlt, dass immer mehr Arbeitnehmer unter die Armutsgrenze fielen („working poor“).

In den neunziger Jahren haben sich überdies die makroökonomischen Rahmenbedingungen in den USA markant verbessert, die Niedrigzinspolitik, der unterbewertete Dollarkurs und die „nachfrageschonende“ Budgetkonsolidierung durch den 1994 drastisch erhöhten Spitzensteuersatz förderten (wieder) Aktivitäten auf den Gütermärkten, insbesondere Investitionen und Export. Die Praxis der Wirtschaftspolitik hat sich nämlich schon Ende der achtziger Jahre von der neoliberal-monetaristischen Doktrin abgewandt, insbesondere auch von jeglicher Regelbindung der Wirtschaftspolitik, und folgt seither einem „eigen-nützlichen“ Pragmatismus. Dieser kommt insbesondere in einer keynesianischen Konjunkturpolitik zum Ausdruck (Galbraith, 2003; Schulmeister, 2001). In den USA ist deshalb die Periode seit etwa 1990 durch makroökonomische Rahmenbedingungen gekennzeichnet, welche einer „Mischform“ von Real- und Finanzkapitalismus entsprechen: niedrige Zinssätze, ein unterbewerteter Dollarkurs und eine keynesianische Konjunkturpolitik haben die Anreize für realwirtschaftliche Aktivitäten nachhaltig verbessert, das finanzkapitalistische Gewinnstreben wird auf den Aktienmarkt fokussiert (Übersicht 6).

Dieser Kurswechsel zeigte sich in jüngster Zeit besonders markant: seit dem Einsetzen der Konjunkturabschwächung im Jahr 2000 hat die Geldpolitik in den USA die Zinsen stärker gesenkt und die Fiskalpolitik das Budgetdefizit stärker erhöht als je zuvor. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit wurde überdies die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld in den USA um 50% ausgeweitet. Gleichzeitig versucht die Regierung durch Steuerbegünstigungen für Dividenden und „capital gains“ den Aktienkursen wieder zu einem „bull market“ zu verhelfen.

In der EU wurde hingegen - entsprechend der erst spät von der Politik übernommen neoliberal-monetaristischen Doktrin - seit Anfang der neunziger Jahre auf eine aktiv-antizyklische Wirtschaftspolitik verzichtet, das mittelfristige Wachstum wurde überdies durch die Sparpolitik, ein im Vergleich zum Wachstumstempo zu hohes Zinsniveau und durch einen überbewerteten Wechselkurs des Euro bzw. ECU gedämpft.

Die Passivität der Wirtschaftspolitik trug entscheidend dazu bei, dass die Wirtschaft der EU nach dem Konjunkturunbruch im Jahr 2001 in die längste Stagnationsphase der Nachkriegszeit schlitterte. Dies ließ die Arbeitslosigkeit steigen, die Steuereinnahmen wurden gedämpft und die Budgetdefizite weiteten sich aus.

Darauf reagiert die Wirtschaftspolitik mit einem „more of the same“ (eine verständliche Reaktion eines Therapeuten, dessen Behandlung Teil der Krankheit ist): die sozialen Sicherungssysteme werden weiter geschwächt, die Transfers an Arbeitslose und die sozial Schwächsten in der Gesellschaft radikal gekürzt, der Kündigungsschutz wird gelockert und das Pensionsantrittsalter heraufgesetzt. All dies wird das Wirtschaftswachstum dämpfen, die soziale Ungleichheit vergrößern und damit die gesellschaftliche Krise in Europa vertiefen.

Erfolgreich amerikanisieren wird sich Europa letztendlich doch nicht lassen: Grundwerte, Lebensgewohnheiten und Institutionen, welche sich in Jahrhunderten entwickelt haben, lassen sich nicht in zwei oder drei Jahrzehnten beseitigen. Die Inkohärenz zwischen den institutionellen Rahmenbedingungen des europäischen Modells und den makroökonomischen Rahmenbedingungen des neoliberal-finanzkapitalistischen Zeitalters wird lediglich die Wirtschaft in der EU weiter in die Krise „ziehen“. Dabei wird die „Reformpolitik“ selbst zum wichtigsten „Zugpferd“ werden, denn sie verstärkt in systematischer Weise den Widerspruch zwischen den spezifisch europäischen Traditionen und damit den gesellschaftspolitischen Identitäten und Wünschen der BürgerInnen in Europa und der Politik ihrer Regierungen.

8. Zweifel und Neuorientierung in der Umbruchphase

Je länger der negative „feed-back“ von neoliberaler Symptomkur und Verschlechterung der Wirtschaftslage wirksam ist, desto stärker wird sich (auch) in Europa der Zweifel am Weltbild des Neoliberalismus erheben. Mehrere Entwicklungen werden den Prozess einer Umorientierung begünstigen:

- Der Erfolg der pragmatisch-keynesianischen Geld- und Fiskalpolitik in den USA im Vergleich zum „Gürtel-enger-Schnallen“ in der EU wird die wichtigsten Komponenten neoliberaler Wirtschaftspolitik in Misskredit bringen, insbesondere die Regelbindung der Geld- und Fiskalpolitik.
- Die anhaltende Instabilität der Aktien-, Devisen- und Rohstoffmärkte wird die Aufmerksamkeit zunehmend auf die Finanzmärkte als „Krisenherde“ lenken (dies gilt insbesondere auch dann, wenn sich die Aktienkurse weiter erholen und dies die Unternehmen veranlasst, statt in Maschinen und Arbeitsplätze wiederum in Aktien zu investieren).

- Die Marginalisierung einer wachsenden Zahl von BürgerInnen durch Arbeitslosigkeit und Verarmung wird das Bedürfnis nach sozialem Zusammenhalt zunehmen lassen, das in den europäischen Gesellschaften einen höheren Stellenwert hat als in den USA.
- Schließlich dürfte das gesellschaftliche „Langzeitgedächtnis“ in Erinnerung rufen, dass die ökonomische und soziale Performance Europas in der von der Sozialen Marktwirtschaft geprägten Phase ungleich besser ausgefallen war als in der vergangenen, zunehmend vom Neoliberalismus geprägten Periode.
- Auf internationaler Ebene nimmt die Gefahr politischer Konflikte mit der Tiefe der ökonomischen Kluft zwischen reichen und armen Ländern auch deshalb zu, weil letztere ihre Marginalisierung mit politischem Nationalismus und/oder religiösem Fundamentalismus kompensieren.
- Die ökonomische Ungleichheit zwischen den Industrieländern einerseits und den Entwicklungs- und Transformationsländern andererseits wird den Migrationsdruck verstärken. Mit Zunahme der (illegalen) Immigration in die Industrieländer wird die Einsicht (langsam) wachsen, dass dieser Prozess nur dann gebremst werden kann, wenn sich die Wachstumsaussichten auch für die weniger entwickelten Ländern nachhaltig verbessern.
- Die globalen Umweltprobleme, insbesondere die Möglichkeit einer langfristigen Klimaveränderung, werden den Druck zu einem weltweit koordinierten Vorgehen verstärken, was wiederum eine globale Entwicklungsstrategie erfordert.

Zwischen dem Zweifeln am Alten und dem Entwickeln von Neuem liegt eine Übergangsperiode, in der gesellschaftliche Krisen ihren Höhepunkt erreichen (nicht zuletzt wegen der Orientierungslosigkeit)¹³). Um diese Umbruchszeit zu verkürzen, sind mehrere Schritte nötig: Erstens, den Zweifel am Neoliberalismus durch eine konkrete Kritik seiner Interessegebundenheit und seiner gesellschaftliche Folgen zu stärken. Zweitens, ein alternatives Konzept der Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickeln, welches den Grundwerten und Lebensgewohnheiten der BürgerInnen in Europa entspricht. Drittens, die Bevölkerung für eine solche Erneuerung des Europäischen Modells mobilisieren und dafür Bündnispartner unter Parteien und Interessensvertretungen gewinnen.

Angesichts der Hegemonie des neoliberalen Denkens (eine „Globalisierung der Köpfe“, insbesondere von Intellektuellen und Politikern) und der – für viele resignativen, für wenige erfreulichen – Einschätzung „there is no alternative“ (Margaret Thatcher) kommt einer fundamentalen, aber zugleich konkreten Kritik in Kombination mit der Entwicklung alternativer

¹³) Die Prozesse des Übergangs von einem alten Konzept, das immer mehr Widersprüche zeigt bzw. produziert, zu einem - zunächst noch diffusen - neuen Konzept dürfte im Bereich der Politik in vieler Hinsicht ähnlich jenen Prozessen sein, die Fleck (1935) und Kuhn (1967) für den Bereich der Wissenschaften beschrieben haben. In jedem Fall liegt dazwischen eine Phase der Krise, in welcher der „mainstream“ krampfhaft am alten Konzept festhält.

Konzepte der Wirtschafts- und Sozialpolitik die größte Bedeutung zu.¹⁴⁾ Beides ist Voraussetzung für die (Wieder)Erlangung eines sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftswachstums.

9. Kritik des Neoliberalismus

Eine intellektuelle Gegenoffensive sollte den Neoliberalismus insbesondere an drei „Fronten“ angreifen, als gesellschaftspolitische Ideologie, als wirtschaftspolitische Doktrin und als Sammlung einfacher (propagandistischer) „Stehsätze“ (sie sollen sowohl stammtisch- als auch fernsehtauglich sein).¹⁵⁾

Die Kritik des Neoliberalismus als gesellschaftspolitische Ideologie konzentriert sich auf seine einseitigen und realitätsfremden Annahmen:

- Die neoliberale Theorie begreift den Menschen nur als (rein rationales) Individuum, das seinen Eigennutz verfolgt und dabei auf Märkten mit anderen Individuen in (Tausch)Kontakt tritt. Der Mensch als Teil von Gemeinschaften und der Gesellschaft (die mehr sind als die Summe ihrer Elemente) und damit als soziales Wesen existiert im neoliberalen Weltbild nicht („There is no such thing as society“ – Margaret Thatcher).
- Alle Akteure bilden ihre Erwartungen auf der Grundlage des „wahren“ ökonomischen Modells (= des Modells der Ökonomen), welches als gemeinsames „Koordinatensystem“ ein allgemeines Gleichgewicht ermöglicht (Konzept der rationalen Erwartungen).¹⁶⁾
- Unter diesen Annahmen stellen gesamtwirtschaftliche Prozesse ausschließlich das Resultat der individuellen Entscheidungen dar: das Ganze wird als Summe seiner Teile gedacht, genuin makroökonomische (Koordinations)Probleme existieren in einer neoliberalen Welt nicht.

¹⁴⁾ Wie neoliberale Intellektuelle wie Mises, Hayek oder Friedman über Jahrzehnte die Hegemonie ihres Gesellschaftskonzepts „produzierten“, und zwar nicht nur durch harte (Kopf)Arbeit, sondern auch durch konsequentes „Networking“ (Stichwort: Mont Pelerin Society), durch Bildung von „Think Tanks“ (wie die Heritage Foundation und das Cato Institute in den USA oder das Adam Smith Institute in England) und besonders durch viel Geld von den Vermögenden, mit denen all dies finanziert wurde, skizziert George (1997). Kritiker des Neoliberalismus sollten davon lernen, wie erfolgreich neoliberale Intellektuelle im Interesse des Kapitals das Konzept eines Marxisten anwendeten, nämlich jenes der „kulturellen Hegemonie“ von Gramsci (1975).

¹⁵⁾ Eine umfassende und instruktive Darstellung des Neoliberalismus, seiner Position in der ökonomischen Domengeschichte und seiner Interessegebundenheit bietet Schui-Blankenburg (2002). Meine Darstellung zielt hingegen nur darauf ab, einige „Stoßrichtungen“ einer Kritik des Neoliberalismus knapp zusammenzufassen, insbesondere im Hinblick auf seine konkreten Auswirkungen.

¹⁶⁾ Dieses Konzept wird von der wichtigsten „Schule“ des Neoliberalismus innerhalb der Wirtschaftswissenschaften vertreten, dem Monetarismus Mark 1 (Hauptvertreter: Milton Friedman) bzw. Mark 2 (Hauptvertreter: Robert Lucas), nicht aber vom „Hayek-Zweig“ der „Österreichischen Schule“. Hayek legitimiert die gleichen ökonomischen und politischen Interessen wie der Monetarismus, allerdings mit ganz anderen Annahmen über „Informationsausstattung“, Erwartungsbildung und Marktprozesse (siehe dazu etwa Friedman, 1968 und 1984, bzw. Hayek, 1945 und 1948).

- Der Steuerungsmechanismus der (Preis)Konkurrenz („invisible hand“) stellt sicher, dass die Verfolgung des individuellen Eigennutzes der Akteure gleichzeitig das gesamtwirtschaftliche Optimum ermöglicht, der Steuerungsmechanismus der Kooperation ist nicht nur entbehrlich, sondern - als Eingriff in die Harmonie der Marktprozesse - schädlich.
- In der neoliberalen Welt existiert deshalb kein Gegensatz zwischen Eigennutz und Gemeinwohl: je stärker der einzelne Akteur sein ökonomisches Eigeninteresse verfolgt, desto mehr dient er auch dem allgemeinen Besten.
- Der Staat braucht daher auch nicht als Vertreter des Gemeinwohls zu agieren, sondern soll lediglich jene öffentlichen Güter bereitstellen, welche die Voraussetzung für das Funktionieren einer Marktwirtschaft darstellen wie etwa ein funktionierendes Rechtswesen oder innere und äußere Sicherheit.
- Gegensätzliche Interessen der Akteure als Mitglieder unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen existieren nicht, insbesondere auch kein grundsätzlicher Konflikt zwischen den Interessen der Besitzer von Finanz- oder Realvermögen (Kapital) und jenen, deren Vermögen (fast) ausschließlich aus ihrer Arbeitskraft besteht.
- Indem die neoliberale Doktrin einfordert, dass ökonomische Prozesse (und damit soziale Verhältnisse) im Prinzip nur durch das Steuerungssystem „Markt“ bestimmt werden sollen, stärkt sie die Macht der Vermögenden. Denn auf Märkten wird mit „Geldstimmen“ abgestimmt (diese sind sehr ungleich verteilt), im Steuerungssystem „Politik“ bzw. „Demokratie“ gilt hingegen der Grundsatz „One (wo)man, one vote“.
- Das ökonomische Prinzip der Marktsteuerung widerspricht dem politischen Prinzip der Demokratie dann, wenn sich eine Gesellschaft auf demokratische Weise entscheidet, bestimmte ökonomische Prozesse nicht durch den Markt, sondern primär durch das „System Politik“ zu regeln. In Europa gilt dies etwa für das Gesundheitswesen, die Arbeitslosenversicherung, die Altersvorsorge und das Bildungswesen, also die essentiellen Komponenten des Sozialstaats. Bisher war unbestritten, dass im Konfliktfall die demokratischen Entscheidungen Vorrang haben. Auf indirektem Weg – nämlich via internationale Organisationen und Abkommen – bedroht der Neoliberalismus allerdings den „Primat der Politik“ immer mehr. Aktuelle Beispiele dafür sind die Positionen der EU (Kommission, EuGH) zu den bisher überwiegend durch den Sozialstaat bereitgestellten Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (Öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung, etc.) oder die laufenden Gats-Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation.

Die Kritik am Neoliberalismus als wirtschaftspolitischer Doktrin sollte ihre Performance und ihre Interessegebundenheit zum Ausgangspunkt nehmen:

- Die ökonomische und soziale Performance fiel in der ersten Hälfte der Nachkriegszeit (keynesianisches Zeitalter) viel besser aus als in der zweiten Hälfte (neoliberal-

monetaristisches Zeitalter). Dies gilt insbesondere für (West)Europa, dessen Entwicklung bis in die siebziger Jahre vom Modell der Sozialen Marktwirtschaft geprägt wurde.

- Die Rückkehr zu einer „freien“, pragmatisch-keynesianischen Politik trug in den USA wesentlich zum hohen Wirtschaftswachstum der neunziger Jahre bei - umgekehrt wurde die Entwicklung in Europa durch die Übernahme einer neoliberalen Regelbindung der Geld- und Fiskalpolitik gedämpft.
- Die „manisch-depressiven“ Preisschwankungen auf den Aktien-, Devisen-, Anleihen- und Rohstoffmärkten und ihre realwirtschaftlichen Folgen verweisen immer klarer auf die Finanzmärkte als Krisenherde. Die offensichtliche Bedeutung von Emotionen wie Gier, Angst oder Panik und ihre Vernetzung zu Herdeneffekten bzw. „Marktstimmungen“ wie Euphorie oder Depression lassen die Annahmen der monetaristisch-neoliberalen Theorie geradezu lächerlich erscheinen.
- Die Instabilität der Finanzmärkte und damit der wichtigsten Preise in der Weltwirtschaft dämpfen langfristig-realwirtschaftliche Aktivitäten zugunsten kurzfristiger Spekulation. Die damit verbundene Verlagerung des Gewinnstrebens von den Güter- und Arbeitsmärkten zu den Finanzmärkten ist die wichtigste strukturelle Ursache für die Halbierung des Wirtschaftswachstums und den Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Anfang der siebziger Jahre.
- Die Forderung des Monetarismus nach deregulierten Finanzmärkten, die starken Schwankungen der dort gebildeten Preise - sie sind Voraussetzung und Folge (profitabler) Spekulation – sowie die Erhaltung des Geldwerts und „solide“ Staatsfinanzen als die wirtschaftspolitischen Hauptziele des Neoliberalismus machen eines klar: diese Doktrin dient nicht den Zielen des Realkapitals, sondern jenen des Finanzkapitals.
- Während transnationale Großkonzerne ihr Profitstreben von einer realkapitalistischen Vermehrung ihres Vermögens (durch Veranlagung in Produktionsmittel) zu einer finanzkapitalistischen Vermehrung durch Finanzveranlagung und –spekulation verlagern können, ist dies Klein- und Mittelbetrieben nicht (so leicht) möglich, jedenfalls aber mit größeren Risiken verbunden. Dementsprechend hat sich auch die Lage der kleineren Unternehmen im Zeitalter des Neoliberalismus gegenüber der Periode der Sozialen Marktwirtschaft verschlechtert.
- Im Hinblick auf die ökonomischen Interessen schadet der Neoliberalismus somit den unternehmerischen Interessen an realwirtschaftlicher Kapitalvermehrung (und damit insbesondere den Klein- und Mittelbetrieben) und begünstigt die Interessen der großen Vermögen(den) an finanzkapitalistischer Akkumulation. Im Hinblick auf die (gesellschafts)politischen Interessen legitimiert der Neoliberalismus hingegen das den „Real- und Finanzkapitalisten“ gemeinsame Interesse an einem schwachen Sozialstaat und an einer „Disziplinierung“ der Gewerkschaften.

- Neoliberale Wirtschaftspolitik erhöht auf vielfache Weise die Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und (damit) Entfaltungschancen: Erstens, die Möglichkeiten durch Finanzveranlagung und –spekulation Profite zu machen sind umso vielfältiger, je größer das „Spielkapital“ ist. Zweitens, steigende Arbeitslosigkeit drückt den Reallohnzuwachs unter die Steigerung der Arbeitsproduktivität, dementsprechend sinkt die Lohnquote in den Industrieländern schon seit Anfang der achtziger Jahre. Drittens, unter den Titeln „Standortverbesserung“ und „Leistungsanreiz“ verschiebt sich die Steuerlast von Gewinn und Vermögen zu den ArbeitnehmerInnen, von den Gewinnen werden die Erträge von Finanzkapital noch geringer besteuert als jene des Realkapitals. Viertens, der „Rückbau“ des Sozialstaats verschlechtert die wirtschaftliche Lage der Haushalte umso mehr, je geringer ihr Einkommen ist.
- Die Zunahme der Ungleichheit in der Einkommensverteilung dämpft die Konsumnachfrage „strukturell“, und damit auch die Erträge der Unternehmen aus realwirtschaftlicher Tätigkeit. Dies hat gemeinsam mit den Anreizen zur Finanzakkumulation als Folge der neoliberalen Ent-Fesselung der Finanzmärkte sowie der steuerlichen Begünstigung von Finanzkapitalerträgen zum Rückgang des Wachstums der Realinvestitionen wesentlich beigetragen.
- Im Gegensatz zu seinem theoretischen Fundament – dem Modell des allgemeinen Gleichgewichts – folgt der Neoliberalismus in seiner wirtschaftspolitischen Praxis dem Grundsatz: „Wo ein Problem in Erscheinung tritt, dort liegen auch seine Hauptursachen“. Die dementsprechend oberflächlichen Diagnosen von Problemen wie der Arbeitslosigkeit, den Kosten des Sozialstaats oder der Staatsverschuldung und die darauf basierenden neoliberalen Symptomkuren tragen zur Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung bei.

Für den Kampf gegen den Neoliberalismus auf „propagandistischer“ Ebene ist es zweckmäßig, Gegenthesen zu den neoliberalen Slogans zu entwickeln:

- Auf die Aussage „Der Staat ist der Feind der Bürger“ wäre zu entgegnen: „Der Staat ist unser ‚Verein‘, um unsere gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu besorgen, von einer solidarischen Absicherung gegen Risiken wie Krankheit, Armut im Alter oder Arbeitslosigkeit bis zur Verbesserung der Chancengleichheit durch ein staatliches Bildungswesen“.
- Der These „Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten“ wäre zunächst mit der Frage „Wer ist wir?“ zu begegnen sowie mit der Gegenthese: „Der Sozialstaat wurde durch die neoliberale Entfesselung der Finanzmärkte“ unfinanzierbar gemacht“ (samt konkreten Beispielen vom Aufstieg und Fall der Aktienkurse bis zu den Schwankungen von Eurokurs oder Ölpreis).
- Dem neoliberalen Dogma vom öffentlichen Sparen wäre der Grundsatz entgegenzuhalten: „Jeder Bürger soll einen seiner ökonomischen und sozialen Lage

entsprechenden Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten“. Bei einer Sparpolitik müssen hingegen nur jene etwas beitragen, die (bisher) vom Staat etwas erhalten haben und das sind zumeist die sozial Schwächeren.

- Allgemein kann in Anlehnung an Karl Kraus formuliert werden: „Der Neoliberalismus ist jene Krankheit, für deren Heilung er sich hält“. An konkreten Beispielen wie der Kürzung von Arbeitslosengeldern (insbesondere in Zeiten, in denen die Zahl der Arbeitsplätze sinkt) sowie sonstiger Sozialleistungen und, ihren Auswirkungen auf Einkommensverteilung, Konsumnachfrage und Wirtschaftswachstum, kann demonstriert werden, auf welche Weise die neoliberalen Therapien die „Krankheit“ verschlimmern.
- Da sich die neoliberalen Therapeuten/Reformer nicht als Überträger/Verstärker der Krankheit/Krise wahrnehmen können (die damit verbundene „kognitive Dissonanz“ ist zu groß), reagieren sie auf die Verschlechterung des Zustands des Patienten mit einer Erhöhung der Dosis. Eine solche Politik des „more of the same“ ist in Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre besonders ausgeprägt und ein wichtiger Grund dafür, dass Deutschland trotz anhaltender Exporterfolge zur Volkswirtschaft mit der schwächsten Wachstumsdynamik in der EU wurde.
- Die neoliberalen Therapeuten/Reformer selbst sind von den Folgen ihrer „Expertisen“ nicht betroffen, auch deshalb ist der Anreiz bzw. Druck zur Reflexion gering.
- Der Neoliberalismus nützt jene Probleme politisch aus, die er selbst (mit)verursacht: mit neoliberaler „Brille“ betrachtet werden steigende Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Finanzierungsprobleme sozialstaatlicher Einrichtungen als „Beweis“ für die Notwendigkeit einer Verschärfung der „Symptomkuren“ verwendet. Dem wäre mit Gegenthesen zu begegnen wie: „Die neoliberale Politik ist Teil des Problems und nicht seiner Lösung“ oder „Mit einem ‚more of the same‘ soll verdeckt werden, dass die neoliberalen Rezepte selbst Beschäftigungslage und Staatsfinanzen verschlechtern.“

10. Ausblick für Europa

Erfolgreich amerikanisieren wird sich Europa letztendlich doch nicht lassen: Grundwerte, Lebensgewohnheiten und Institutionen, welche sich in Jahrhunderten entwickelt haben, lassen sich nicht in zwei oder drei Jahrzehnten beseitigen. Die Inkohärenz zwischen den institutionellen Rahmenbedingungen des europäischen Modells und den makroökonomischen Rahmenbedingungen des neoliberal-finanzkapitalistischen Zeitalters wird in erster Linie die Krise verschärfen. Dabei wird die „Reformpolitik“ selbst zum wichtigsten „Zugpferd“ werden, denn sie verstärkt in systematischer Weise den Widerspruch zwischen den spezifisch europäischen Traditionen und damit den gesellschaftspolitischen Identitäten und Wünschen der BürgerInnen in Europa und der Politik ihrer Regierungen.

Nur für die Vermögenden werden sich die „Reformen“ wirklich auszahlen.

Literaturhinweise

- Aiginger, K., „A Three Tier Strategy for Successful European Countries in the Nineties“, WIFO Working Paper 205, Vienna, 2003.
- Breuss, F., „Die wirtschaftspolitische Architektur der WWU“, in WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(9), 581-607.
- Flassbeck, H., „Wie Deutschland wirtschaftlich ruiniert wurde – Ein Bericht aus dem Jahr 2010“, Blätter für deutsche und internationale Politik, 2003, Heft 8.
- Fleck, L., Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache, Bern, 1935.
- Friedman, M., „The Role of Monetary Policy“, American Economic Review, April 1968 (58).
- Friedman, M., Kapitalismus und Freiheit, Frankfurt, 1984.
- George, S., „How to Win the War of Ideas“, Dissent, 44(3), 1997.
- Galbraith, J.K., What Is the American Model Really About?, Levy Institute, Public Policy Brief Series No72, 2003.
- Gramsci, A., Quaderni del Carcere, Istituto Gramsci, 4 volumi, Torino, 1975.
- Hayek, F. A., „The Use of Knowledge in Society,“ American Economic Review, 35(4), 1945.
- Hayek, F. A., Der Weg zur Knechtschaft, Rentsch, Zürich, 1948.
- Huffschmid, J., Politische Ökonomie der Finanzmärkte, VSA-Verlag, Hamburg, 1999.
- Kalecki, M., „Political Aspects of Full Employment“, Collected Works of Michal Kalecki, Vol. I, Claredon Press, Oxford, 1990.
- Keynes, J.M., The General Theory of Employment, Interest, and Money, London, 1936.
- Kindleberger, C.P., Manias, Panics and Crashes, A History of Financial Crises, 3rd Edition, John Wiley and Sons, Inc., New York, 1996.
- Kondratieff, N. D., „Die langen Wellen der Konjunktur“, Archiv für Sozialwissenschaften, 56, 1926.
- Mankiw, N. G., „U.S. Monetary Policy during the 1990s“, National Bureau of Economic Research, Working Paper 8471, Cambridge, MA, 2001.
- Mensch, G., Das technologische Patt, Frankfurt, 1975.
- Minsky, H.P., „The Financial-Instability Hypothesis: Capitalist processes and the Behavior of the Economy“, in Kindleberger, C.P., Laffargue, J.-P. (Eds.), Financial Crises, Theory, History and Policy, Cambridge, Cambridge University Press, 1982, 13-38.
- Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg, 1966.
- Schui, H., Blankenburg, S., Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, VSA-Verlag, Hamburg, 2002.
- Schulmeister, S., Zinssatz, Investitionsdynamik, Wachstumsrate und Staatsverschuldung, WIFO-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen, Wien, 1996.
- Schulmeister, S. (1998A), Die Beschäftigungsdynamik in den USA im Vergleich zu Deutschland und Japan, WIFO-Studie im Auftrag des AMS Österreich, 1998.
- Schulmeister, S. (1998B), „Der polit-ökonomische Entwicklungszyklus der Nachkriegszeit“, Internationale Politik und Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, 1998(1).
- Schulmeister, S. (2000A), „Globalization without global money: the double role of the dollar as national currency and as world currency“, Journal of Post Keynesian Economics, 2000, 22(3).

Schulmeister, S. (2000B), „Kaufkraftparitäten des Dollars und des Euro“, WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(8).

Schulmeister, S., „Die unterschiedliche Wachstumsdynamik in den USA und Deutschland in den neunziger Jahren“, in Heise, A., (Hrsg.), USA – Modellfall der New Economy, Metropolis, Marburg, 2001.

Schulmeister, S., Aktienkursdynamik und Realkapitalbildung in den USA und Deutschland, WIFO-Studie mit Unterstützung des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank, 2003.

Schumpeter, J., Business Cycles, McGraw Hill, New York, 1939.

Van Duijn, J., J., The Long Wave in Economic Life, London-Boston-Sydney, 1983.